

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 38 (1991)
Heft: 1-2

Rubrik: Aktuell = Actualité = Attualità

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZS 95: Standort- suche

Reformvorschläge
von allen Seiten

ush. Als im Mai 1989 durch den Chef EMD die Armee reform 95 vorgestellt wurde, hätte sich wohl kaum jemand ausrechnen können, welches Ausmass die Reformbestrebungen im Jahr 1990 letztlich annehmen würden. Neben der Präsentation des bündesrätlichen Berichts zur «Schweizerischen Sicherheitspolitik im Wandel» wurden bis Ende 1990 verschiedenste Reformvorschläge vorgebracht. Da gab es u. a. im Frühjahr zuerst den Bericht der Arbeitsgruppe Napf, im Herbst jenen der Arbeitsgruppe von Ständerat Schoch und schliesslich das Fünfpunkteprogramm der Schweizerischen Offiziersgesellschaft. Im weiteren sind von seiten der Verwaltungen zur Ausarbeitung der Reformvorschläge diverse Arbeitsgruppen eingesetzt. Die Diskussion läuft auch zwischen dem Zivilschutz und der Armee, um im möglichst optimalen Gleichschritt die Reformen anzugehen. Und die CVP gar trägt sich mit der Idee eines Zivildienstes.

Die Tendenz zur Zivilschutzreform läuft einerseits eindeutig auf eine Verstärkung des Katastrophenschutzes und der Nothilfeinsätze. Damit werden gleichzeitig Forderungen nach entsprechender Ausbildung, Ausrüstung und mehr Effizienz angemeldet. Darüber hinaus tendieren die Arbeitsgruppen Napf und Schoch in Richtung allgemeine Dienstpflicht. Zu diesem Gedanken verhält sich die offizielle Seite eher zaghaft.

Der Zivilschutz in der Sicherheitspolitik

In der ganzen Ausführlichkeit des bündesrätlichen Berichts über die «Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel» von insgesamt 61 Seiten beansprucht der Teil Zivilschutz davon genau deren anderthalb Seiten. In diesem Zusammenhang darf wohl angemerkt werden, dass sowohl Auftrag wie Einbettung des Zivilschutzes in die Gesamtverteidigung von knapper Klarheit ist und zumindest aus dieser Sicht zu keinen Pro- oder Kontra-Diskussionen Anlass gibt.

Zivilschutz

Schutz der Bevölkerung und Hilfeleistung

Der gut ausgebaute Zivilschutz unseres Landes leistet einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen kriegerischer Ereignisse sowie zur Hilfeleistung bei natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen und in andern Notlagen. Beide Aufgaben sind gleichwertig.

Bei kriegerischen Ereignissen geht es vor allem darum, das Überleben eines möglichst grossen Teils der Bevölkerung sicherzustellen. Die wichtigste Massnahme dafür ist die Bereitstellung einer soliden baulichen Infrastruktur, deren vorsorglicher Bezug durch die Alarmierung und die Verbreitung von Verhaltensanweisungen sichergestellt wird. Unerlässlich sind dabei auch sichere Verbindungen zwischen der Bevölkerung und den Führungsorganen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Die örtlichen Schutzorganisationen haben zudem die zivilen Einsatzdienste zu ergänzen, allenfalls zu ersetzen.

Bei natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen und in andern Notlagen geht es darum, einerseits durch die Nutzung der vorhandenen Schutzstrukturen die Schadenfolgen möglichst einzugrenzen und andererseits durch Hilfeleistung zur raschen Beseitigung der Schäden beizutragen.

Der Zivilschutz trägt zur Friedenswahrung bei, indem er im Ausland die Glaubwürdigkeit unseres Verteidigungswillens unterstreicht. Sollte unser Land in einen militärischen Konflikt verwickelt werden, ist der Zivilschutz ein zentrales Element der Durchhaltefähigkeit. Im Falle massiver Kernwaffeneinsätze, verbunden mit grossräumigen Schadenerscheinungen, sind seiner Wirksamkeit allerdings Grenzen gesetzt. Es wäre aber nicht zu verantworten, aufgrund dieses extremen Bedrohungsbildes auf den Zivilschutz zu verzichten.

Der Zivilschutz macht unser Land gegenüber allfälligen Druck- und Erpressungsversuchen widerstandsfähiger. Er weitet die Handlungsfreiheit unserer Behörden wesentlich aus.

Viele der im Hinblick auf kriegerische Ereignisse getroffenen Massnahmen lassen sich auch im Frieden, bei natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen und in andern Notlagen, nutzbringend anwenden. Auch in diesen Fällen arbeitet der Zivilschutz eng mit den übrigen Partnern der Gesamtverteidigung zusammen.

Die Gemeinde ist die Hauptträgerin des Zivilschutzes. Die auf der Schutzdienstpflicht der Männer und auf freiwilliger Mitwirkung von Frauen beruhende Milizstruktur ist die zweckmässige Organisationsform. Die dem Zivilschutz zugedachten Aufgaben lassen sich weder mit zahlenmässig geringen professionellen noch ausschliesslich mit freiwilligen Kräften lösen.

Reform und Reorganisation des Zivilschutzes

Die Vorbereitung der Massnahmen zum vorsorglichen Schutz der Bevölkerung bei sich abzeichnenden Bedrohungen wird konsequent vorangetrieben. Die Mittel des Zivilschutzes sollen inskünftig rascher und flexibler eingesetzt werden. In der Ausbildung wird vermehrt auch der Hilfeleistung bei natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen und in andern Notlagen Rechnung getragen. Eine professionellere Ausbildung soll die Leistungsfähigkeit erhöhen, zur besseren Motivation der Dienstpflichtigen führen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Zivilschutzorganisation ihrer Gemeinde stärken.

In Abstimmung mit dem Projekt «Armee 95» wird im Projekt «Zivilschutz 95» die Schutzdienstpflicht altersmässig reduziert. Die dadurch bedingte Verringerung der Bestände wird durch organisatorische Straffungen aufgefangen.

Der sicherheitspolitische Auftrag des Zivilschutzes

Der Zivilschutz, als strategisches Mittel der zivilen Behörden,

- trifft die erforderlichen Massnahmen zum Schutz, zur Rettung und zur Betreuung der Bevölkerung im Falle bewaffneter Konflikte;
- leistet in Zusammenarbeit mit den dafür vorgesehenen Einsatzdiensten Hilfe bei natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen und in andern Notlagen;
- trifft die notwendigen Massnahmen zum Schutz von Kulturgütern;
- ist in der Lage, in Zusammenarbeit mit Rettungs- und Katastrophenhilfeorganisationen grenzüberschreitende Einsätze im regionalen Rahmen durchzuführen.

(Aus «Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel», Bericht 90 des Bundesrates vom 1. Oktober 1990.)

Dieser hier aus dem Kontext des ganzen sicherheitspolitischen Berichts herausgenommene Teil Zivilschutz steht im Bericht selbstverständlich in Querverbindung mit den übrigen Teilen der Gesamtverteidigung – vor allem der Armee.

Der Zivilschutz als sicherheitspolitisches Mittel muss als Hilfsinstrument jedenfalls eingeordnet werden bei den nicht machtpolitisch bedingten Entwicklungen, seien diese nun gesellschaftspolitischer Art (z. B. Migration) oder handle es sich um natur- und/oder zivilisationsbedingte Katastrophen

oder Grossereignisse (Tschernobyl, Waldschäden oder gar Krieg...).

Dass der Zivilschutz bei Auswirkungen von machtpolitisch bedingten Situationen in Aktion tritt, ist bestehender Auftrag laut Fug und Gesetz und nicht neu. Neu wären höchstens Einsätze des Zivilschutzes bei einem Ereignis, verursacht durch ein Geschehen aus dem Spektrum des heutigen neuen Bedrohungspotentials (z. B. Terrorismus). Aus diesem Blickwinkel könnte das grosse Spiel der Weltmächte dem Zivilschutz sehr wohl zu Aktualität und neuen Einsatzmöglichkeiten verhelfen,

müsste er je zur Bewältigung von Folgen einer Machtausübung direkter oder indirekter Art auf den Plan gerufen werden.

So oder so – um die Wirkung des Zivilschutzes bei allfälligen Einsätzen dieser oder jener Art zu erhöhen und auch zu garantieren, ist die Straffung im System unumgänglich. Die Reformvorschläge kommen von allen Seiten.

Arbeitsgruppe Napf: Gemeinschaftsdienst

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe Napf hält an der Dienstpflicht für alle Schweizer Bürger fest, sieht aber eine «bedingte» freie Wahl zwischen dem Militärdienst und einem Gemeinschaftsdienst vor. Dem Bestand der Armee wird Priorität eingeräumt, und nicht der Armee Zugeteilte müssten einen Dienst, der etwa anderthalbmal so lange dauern sollte wie der Militärdienst, absolvieren. Die Einsatzvorschläge für diese Dienstleistungen sieht Arbeit in Spitälern und Heimen sowie Einsätze in der Katastrophenhilfe, im Versorgungs-, Entsorgungs-, Informations- und Rettungswesen sowie in technischen und administrativen Abteilungen vor. Darüber hinaus verlangt die Arbeitsgruppe Napf die Aufhebung der Militärgerichte in Friedenszeiten und schlägt für das Management des Gemeinschaftsdienstes die Schaffung eines neuen Bundesamtes vor. Mit ihrem äusserst umfangreichen Bericht, den die Arbeitsgruppe Napf im Jahr 1990 in Vernehmlassung geschickt hat, will sie in diesem Jahr mit der Unterschriftensammlung für eine Initiative zur Veränderung der Strukturen im Bereich Gesamtverteidigung in ihrem Sinne schreiten.

Arbeitsgruppe Schoch

Unter dem Präsidium von Ständerat Otto Schoch (Appenzell-Ausserrhoden) hat eine Arbeitsgruppe, die sowohl aus Leuten der Zivilbevölkerung wie aus der Armee zusammengesetzt ist, rund 50 Vorschläge zu Armee reform und Sicherheitspolitik erarbeitet. Darunter sind auch Empfehlungen für eine Neukonzipierung des Zivilschutzes.

Die Arbeitsgruppe hält unter anderem fest, wie die inneren Strukturen der Armee dem veränderten gesellschaftlichen Umfeld anzupassen sind. Hauptforderung: eine allgemeine Dienstpflicht anstelle der Wehrpflicht. Dienstpflichtige sollen zwischen Einsätzen im Rahmen des Sozialwesens, der Entwicklungshilfe, der Katastrophenbewältigung und der Armee frei wählen können. Alle Dienste sollen zeitlich gleich lange dauern – und zwar nurmehr 300 Tage, 10% weniger als die heute obligatorische Armeedienstzeit.

Den Frauen soll auf freiwilliger Basis der Zugang zu allen Diensten offen stehen. Vorgesehen sind für die Zukunft auch multinationale Einsätze, etwa im Rahmen der Friedenssicherung. In allen Diensten – inklusive Zivilschutz –

müssten Anpassungen der Bestände an die sicherheitspolitische Lage rasch möglich sein, wird gefordert.

Die Kommission empfiehlt zudem ein Gesamtkonzept der Gemeinschaftsdienste. Darin soll auch der Zivilschutz-Auftrag neu umschrieben werden. Die Reformvorschläge für den Zivilschutz gehen in Richtung Schutz und Katastrophendienst: Der Zivilschutz hätte primär in ausserordentlichen Lagen in Friedenszeiten für Schutz und Hilfe zuständig zu sein. Leute, die in der Armee 300 Diensttage geleistet haben, wären nicht mehr (zivilschutzdienst)pflichtig.

Beitrag SOG

Auch die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) will mitreden. Sie postuliert eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen, die ihrer Meinung nach jedoch unbedingt die Bestandesbedürfnisse der Armee zu gewährleisten hat und am Grundprinzip der Milizarmee festhält. Hingegen sieht sie die Aufgaben der Armee in einem viel weiteren Radius als heute.

Es wäre hier die Frage anzubringen, ob sich die SOG mit dieser Formulierung in das Umfeld des Zivilschutzes oder direkt zur Annäherung an diesen bewegen möchte. In die gleiche Richtung, nämlich «Pro Zivilschutz», zielt auch ein nächstes der fünf Hauptpostulate der SOG, die Armee solle «verteidigen, retten und helfen». Hierbei bliebe selbstverständlich die Verteidigung als ausschliesslicher Auftrag an die Armee aus dem Hilfs- und Rettungspaket der restlichen Organisationen ausgeklammert. Recht heikel nimmt sich auch der SOG-Zusatz aus, dass beim Verteidigen wie Retten und Helfen die Armee die «prominente Rolle» zu spielen habe. Eine solche Formulierung könnte allenfalls insofern falsch verstanden werden, als die Armee sich seit eh und je als stärkste Komponente der Gesamtverteidigung gibt.

Weitere Postulate der SOG sind die Erneuerung der Ausbildungsinhalte und Methoden mit einer Reduktion der Ausbildungsdauer – dies unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wirtschaft –, die Forderung nach qualitativ hochstehenden Berufskadern von Instrukturen und die Neugestaltung der Informationspolitik von EMD und Armee. Letzteres ist im Lichte der Ereignisse vom vergangenen Dezember wohl nicht unangemessen.

Konkrete Reformen

Kurz vor Weihnachten 1990 befasste sich das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) und das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) mit den Übergangsregelungen im persönlichen Bereich, lies «Absenken der Dienstaltersgrenze der Zivilschutzangehörigen». Diese vom Bundesrat gutgeheissenen Übergangsregelungen sehen vor, dass auf gesamtschweizerischer Ebene

ab 1992 gestaffelt auf die Mannschaftsausbildung jener Jahrgänge verzichtet wird, deren Schutzdienstpflicht 1994 beendet sein wird. Sie bleiben jedoch bis dann eingeteilt und können jederzeit zur Hilfeleistung in Notlagen aufgeboden werden. Die Ausbildungspflicht für die Kader bleibt unverändert bestehen, um die Zivilschutzorganisationen in den Gemeinden einsatzbereit zu halten. Zusätzlich wird den Kantonen empfohlen, bereits ab 1991 die Jahrgänge 1931 bis 1934 nicht mehr zur Mannschaftsausbildung aufzubieten.

Eigenartig mutet an, dass während der Ausarbeitung einer Gesamtreform oder zumindest einer umfassenden, reformmässigen Anpassung einzelne Teile aus dem Ganzen gelöst werden und mit praktisch sofortiger Wirkung in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Nur unter dem Aspekt des Zugzwangs ist dieses Vorgehen zu verstehen, konnten doch EJPD und BZS der durch die Armee festgelegten Dienstaltersherabsetzung ihrer Bestände nicht ohne Reaktion nachstehen. Ein weiterer Schub allerdings kommt von den Kantonen selbst, die einer derartigen Anpassung bzw. der Absenkung der Altersgrenze im wesentlichen nicht entgegenstehen.

In diesem Zusammenhang sind zwei Dinge klar auseinanderzuhalten. Der Nichteinbezug der älteren Jahrgänge in die Ausbildung, der den Kantonen für das Jahr 1991 freigestellt wird einerseits und die Reduktion auf 52 Altersjahre (Offiziere) und 42 Altersjahre (Mannschaft) in der Übergangsbestimmung von heute bis zum «Zivilschutz 95» andererseits. Das erste Element, der Nichteinbezug der älteren Jahrgänge, hat zum Ziel, Ausbildungskapazitäten freizuhalten, mit welchem der Schwerpunkt «Kaderplanung» in Angriff genommen werden kann. Diese Tatsache garantiert im weitesten Sinne den Vollzug der Reduktion der Dienstaltersjahre und hat gleichzeitig Signalwirkung an die Bevölkerung, dass es den Verantwortlichen im Zivilschutz ernst sei mit der Verwirklichung eines zeitgemässen Leitbildes ZS 95.

Die Frage bei einigen der Kantone nach den Auswirkungen dieser vorgezogenen Teilreform ergab, dass die Reduktion für das Jahr 1991 einen schätzungsweise fünf- bis zehnprozentigen Minusanteil an Beständen ergibt. In den Jahren 1992 und 1993 werden sich diese Bestandesreduktionen allerdings vergrössern. Die Kantone sind jedoch bereits daran, mit sinnvollen und konkreten Überlegungen diese Situation auffangend anzugehen. Dass bei den Zivilschutzstellen die EDV-Zahlen im Sinne der Reduktion korrigiert werden müssen, heisst anpassende Alltagsarbeit und ist kaum eine Diskussion wert. ■

Résumé

PCi 95: Propositions de réforme

ush. Lorsqu'en mai 1989, le chef du DMF a présenté la réforme de l'armée 95, peu de gens se sont doutés de l'ampleur que prendrait cette réforme en 1990. En effet, après la présentation du rapport du Conseil fédéral sur «la politique de sécurité de la Suisse dans un monde en mutation», les propositions les plus diverses ont été faites jusqu'à fin 1990. Au printemps de la même année, on a vu paraître sur la protection civile tout d'abord le rapport du groupe d'étude Napf, en automne, celui du groupe de travail du conseiller aux Etats Schoch et enfin le programme en 5 points de la Société suisse des officiers. Pour sa part, l'administration a institué divers groupes de travail pour élaborer des propositions de réforme. L'armée et la protection civile se concertent également pour mener de la façon la meilleure leurs réformes parallèles. Le PDC se demande même s'il ne faudrait pas introduire un service civil.

La réforme de la protection civile vise indubitablement à renforcer la protection en cas de catastrophe et l'engagement sous la forme de secours urgents. Simultanément, divers milieux demandent que l'on adapte l'instruction et l'équipement en vue d'améliorer l'efficacité de la protection civile. En outre, les groupes de travail Napf et Schoch penchent en faveur d'une obligation générale de servir, face à laquelle les milieux officiels se montrent hésitants.

Mission de la protection civile dans le cadre de la politique de sécurité

Moyen à la disposition des autorités civiles, la protection civile

- prend les mesures nécessaires pour assurer la protection, l'assistance et le sauvetage de la population en cas de conflits armés;
- fournit, en collaboration avec les services d'intervention prévus à cet effet, une aide en cas de catastrophes d'origine naturelle ou technique et dans d'autres situations de nécessité;
- prend les mesures nécessaires à la protection des biens culturels pour le cas de conflits armés;

- est en mesure de participer à des opérations transfrontalières dans un cadre régional, en collaboration avec les organisations spécialisées en matière de sauvetage et d'aide en cas de catastrophes.

(tiré du rapport de 1^{er} octobre 1990 du Conseil fédéral sur la politique de sécurité de la Suisse dans un monde en mutation).

En tant qu'instrument au service de la politique de sécurité, la protection civile doit être engagée comme moyen de secours lors d'événements ne relevant pas de la force politico-militaire. On peut citer ceux résultant de la politique de société, par exemple les migrations, ainsi que les catastrophes provoquées par la nature ou par l'homme, ou encore des événements de grande portée, par exemple les dommages aux forêts.

Quoi qu'il en soit, il est indispensable de rendre le système plus rigoureux, afin d'élever et de garantir l'efficacité de la protection civile lors d'engagements éventuels de l'un ou de l'autre type.

Groupe de travail Napf: un service à la communauté

Le groupe propose d'instituer l'obligation de servir pour chaque citoyen suisse, tout en lui laissant le choix entre le service militaire et un service en faveur de la société, d'une durée plus longue! Les propositions concernant la forme de ce service civil prévoient des travaux dans les hôpitaux et dans les homes, ou l'engagement dans l'aide en cas de catastrophe, dans les secteurs de l'approvisionnement, de l'évacuation, de l'information et du sauvetage, ainsi que dans des domaines techniques ou administratifs.

Commission Schoch

Présidée par le conseiller aux Etats Otto Schoch (Appenzell Rhodes Extérieures), un groupe de travail, composé aussi bien de civils que de militaires, a élaboré quelque cinquante propositions pour la réforme de l'armée et la politique de sécurité, parmi lesquelles figurent également des recommandations pour une nouvelle conception de la protection civile.

Contribution de la Société suisse des officiers (SSO)

La SSO entend également apporter sa pierre à l'édifice. Elle demande l'institution d'une obligation générale de servir pour les hommes et les femmes, afin d'assurer les effectifs dont a besoin l'armée. L'un des 5 postulats de la SSO donne à l'armée la mission de «défendre, secourir et sauver», ce qui va dans le sens de la mission de la PCi, tout en laissant la tâche entre les mains de l'armée.

Réformes concrètes

Peu avant Noël 1990, le Département fédéral de justice et police et l'Office fédéral de la protection civile ont mis au point les dispositions transitoires applicables au personnel astreint à servir dans la PCi. Celles-ci prévoient un abaissement de l'âge maximum de l'obligation de servir dans la protection civile. Ces dispositions, que le Conseil fédéral a approuvées, prescrivent qu'à compter de 1992, on renoncera graduellement dans toute la Suisse à l'instruction du personnel dont l'obligation de servir prendra fin en 1994. Ces personnes resteront cependant incorporées à la PCi jusqu'en 1994 et pourront en conséquence être appelées à prendre part à des opérations de secours urgents. L'obligation de servir sera par contre inchangée pour les cadres.

Il convient à cet égard de distinguer entre, d'une part, la non-incorporation dans le service d'instruction des classes d'âge proches de la libération de l'obligation de servir, qui sera laissée à la libre appréciation des cantons et d'autre part, la réduction de l'âge limite du service militaire respectivement à 52 ans pour les officiers et à 42 ans pour la troupe, que prévoient les dispositions transitoires depuis aujourd'hui jusqu'à la mise en œuvre de la «Protection civile 95».

Le premier élément a pour objectif de libérer des capacités dans le domaine de l'instruction, ce qui permet de mettre l'accent sur la formation des cadres. Cette solution garantit la mise en œuvre de la réduction de l'âge limite de service. Simultanément, elle constitue pour la population un signe tangible que les responsables entendent prendre au sérieux la rénovation de la protection civile, pour faire un plan directeur moderne de la PCi 95. ▀

Inserate im ZIVILSCHUTZ
bieten den Gemeinden bewährte
und preisgünstige Angebote.

Riassunto

PCI 95: l'attuale situazione

ush. Quando nel maggio 1989 il capo del DMF ha presentato la riforma 95 dell'esercito nessuno o quasi avrebbe potuto immaginare l'ampiezza degli sforzi che sono poi stati compiuti nel corso del 1990. Oltre alla presentazione del rapporto del Consiglio federale «La politica di sicurezza della Svizzera in fase di mutamento» fino alla fine del 1990 sono state presentate anche diverse proposte di riforma. Per quanto riguarda la protezione civile c'è stato nella primavera del 1990 il rapporto del gruppo di lavoro Napf, nell'autunno quello del gruppo di lavoro presieduto dal Consigliere agli Stati Schoch e infine il programma in cinque punti della Società svizzera degli ufficiali. Inoltre da parte delle amministrazioni sono stati creati vari gruppi di lavoro incaricati di elaborare proposte di riforma. E attualmente tra la protezione civile e l'esercito è in corso una discussione per permettere un progredire parallelo sulla strada delle riforme. Il PPD infine sta esaminando l'idea di un servizio civile. Le riforme della protezione civile tendono da un lato a rafforzare la protezione dalle catastrofi e gli interventi per il soccorso urgente. Per far ciò vengono avanzate le richieste di adeguata istruzione, adeguato equipaggiamento e maggiore efficienza. E inoltre i gruppi di lavoro Napf e Schoch sono favorevoli all'obbligo di un servizio alla comunità, mentre le istanze ufficiali si mostrano piuttosto riservate al riguardo.

La protezione civile e la politica di sicurezza

Sul mandato della protezione civile sul piano della politica di sicurezza

La protezione civile, come strumento strategico delle autorità civili:

- prende le misure necessarie alla protezione, al salvataggio e all'assistenza della popolazione in caso di conflitti armati;
- in collaborazione con i servizi d'intervento pertinenti presta soccorso

nelle catastrofi naturali e civili e in altre situazioni d'emergenza;

- prende le misure necessarie a proteggere i beni culturali;

- è in grado di eseguire interventi su aree regionali al di là dei confini nazionali in collaborazione con organizzazioni di salvataggio e di aiuto per le catastrofi;

(estratto dal rapporto del Consiglio federale «La politica di sicurezza della Svizzera in fase di mutamento» del 1° ottobre 1990).

La protezione civile come strumento della politica di sicurezza deve essere utilizzata negli eventi non dovuti a fattori di potere politico, siano essi eventi di carattere socio-politico (ad es. migrazioni) o eventi collegati a catastrofi naturali e/o civili nonché eventi di una certa gravità (ad es. danni alle foreste).

In ogni caso, per garantire e per aumentare l'efficacia della protezione civile negli eventuali interventi di questo o di quel genere è assolutamente necessario sottoporre il sistema a regole più severe.

Il gruppo di lavoro Napf: il servizio alla comunità

La proposta del gruppo di lavoro Napf stabilisce una scelta libera «condizionata» tra il servizio militare e un servizio alla comunità, pur tenendo fede alla priorità assegnata all'esercito.

Il servizio alla comunità prevede prestazioni sostitutive come il lavoro in ospedali e istituti nonché interventi nel soccorso di catastrofe, nel settore dell'approvvigionamento, dell'eliminazione dei rifiuti, dell'informazione e del salvataggio come pure nei reparti tecnici e amministrativi.

Il gruppo di lavoro Schoch

Sotto il presidio del Consigliere agli Stati Otto Schoch (Appenzello esterno) un gruppo di lavoro composto da civili e militari ha elaborato circa cinquanta proposte per la riforma dell'esercito e la politica di sicurezza. Tra di esse ci sono anche alcune raccomandazioni per una nuova concezione della protezione civile.

Il contributo della Società svizzera degli ufficiali

La Società svizzera degli ufficiali postula un obbligo generale del servizio per uomini e donne allo scopo di garantire la soddisfazione dei bisogni relativi agli effettivi dell'esercito. Ci si chiede a questo punto se questa associazione con una tale formulazione non alluda più o meno velatamente alla protezione civile.

Le riforme concrete

Poco prima di Natale 1990 il Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP) e l'Ufficio federale della protezione civile (UFPC) si sono occupati delle disposizioni transitorie concernenti il personale, cioè l'abbassamento del limite dell'età di servizio dei membri della protezione civile. Queste disposizioni approvate dal Consiglio federale prevedono a partire dal 1992 la successiva rinuncia su tutto il territorio svizzero a istruire quelle persone per le quali l'obbligo al servizio termina nel 1994. Esse restano però incorporate e possono in ogni momento e nelle situazioni d'emergenza essere convocate per prestazioni di soccorso.

In questo contesto si devono chiaramente distinguere due cose diverse: una è l'esclusione dall'istruzione delle persone più anziane (affidata alla libera scelta dei cantoni per l'anno 1991) e l'altra è la riduzione a 52 anni (ufficiali) e 42 anni (personale) nella disposizione transitoria da oggi fino alla «protezione civile» 95. Il primo elemento, l'esclusione delle persone più anziane, ha lo scopo di mettere a disposizione capacità idonee all'istruzione con le quali sia possibile affrontare il tema «pianificazione dei quadri». Questo fatto garantisce in senso più ampio la realizzazione della riduzione degli anni di servizio e ha anche una funzione di segnale per la popolazione alla quale ricorda che i responsabili della protezione civile affrontano seriamente la realizzazione di un adeguato quadro direttivo della protezione civile 95. ■

Schweizerisches Rotes Kreuz

Voranzeige

Samstag, 1. Juni 1991

Solidarität hat Zukunft – 125 Jahre SRK

Am 1. Juni 1991

treffen wir uns alle in Luzern!

Croix-Rouge suisse

Préavis

Samedi, le 1^{er} juin 1991

Avenir = Solidarité – Les 125 ans de la CRS

Le 1^{er} juin 1991,

nous avons tous rendez-vous à Lucerne!

Croce Rossa Svizzera

Preannuncio

Sabato, il 1° giugno 1991

La solidarietà ha un futuro – i 125 anni della CRS

Il 1° giugno 1991

ci ritroviamo tutti a Lucerna!